

Müll-Wende stößt auf breite Zustimmung

Alle wollen jetzt den kommunalen ZVO – aber ein paar Fragen gibt es auch

Eutin. Die Absicht des Zweckverbandes Ostholstein (ZVO), die Anteile an der Müllsparte zurückzukaufen und damit den Weg der Privatisierung zu beenden, stößt im Kreistag auf breite Zustimmung. Auch Landrat Reinhard Sager (CDU) unterstützt diesen Kurs. Beim Blick zurück ist die Eintracht nicht mehr so groß. Für die Freien Wähler sind jetzt Rücktritte fällig.

Der vom Oberverwaltungsgericht (OVG) Schleswig als fehlerhaft eingestuft Teilprivatisierung wurde 2004 im Kreistag einhellig zugestimmt. „Wir haben diesen Prozess politisch gewollt, er war mit allen Fraktionen verabredet“, erinnerte Sager. Man habe Know-how und Technik erschließen wollen und alles sorgfältig unter Beteiligung externer Experten beraten. „Ich halte die Entscheidung von 2004 für damals nach wie vor richtig. Ich stehe dazu uneingeschränkt“, erklärte der Landrat.

Ähnlich äußerten sich die Fraktionschefs von SPD und FDP, Burkhard Klinke und Manfred Breiter. „Es war kein Fehler, die Teilprivatisierung war damals zum richtigen

Zeitpunkt der richtige Weg“, erklärte Klinke. „In der Teilprivatisierung von 2004 kann ich grundsätzlich keinen Fehler sehen“, meinte Breiter, die Gesellschaft arbeite ja erfolgreich und zuverlässig. Möglicherweise habe man sich aber „zu sehr auf das Urteil und die Vorschläge der Berater und Gutachter verlassen“, schränkte der FDP-Mann ein. CDU-Fraktionschef Timo Gaarz verwies darauf, dass er damals nicht beteiligt war, sich deshalb mit einem Urteil schwer tue. Er habe aber „keinen Zweifel daran, dass alle damaligen Entscheidungsträger ihre Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen getroffen haben“.

Für die Grünen räumte Fraktionschefin Monika Obieray ein: „Wir haben uns letztlich dem geballten Sachverstand gebeugt.“ Die Grünen seien 2004 zwar misstrauisch gewesen, „aber es gab keine einzige zweifelnde Stimme“. Und es sei eine Möglichkeit gewesen, den ZVO mit Kapital zu stärken und die Abfallentsorgung in der Hand zu behalten. Jetzt müsse aufgeklärt werden, warum 2004 „überhaupt

kein Risiko gesehen wurde“, forderte die Grüne.

Hart geht Malte Tech, Kopf der Freien Wähler (FWG), mit den damaligen Akteuren ins Gericht. Bei der Teilprivatisierung habe es sich um eine Art Outsourcing gehandelt, am Ende „so undurchsichtig, dass viele Kreistagsabgeordnete das nicht mehr verstanden haben“. Tech überlegt, in der nächsten Kreistags-sitzung den Rücktritt von Klinke, Breiter und Obieray zu fordern, dazu den von Kreispräsident Ulrich Rüder, damals Fraktionschef der CDU.

Weitgehend unstrittig ist, dass die Müllsparte nun wieder in kommunale Hand kommen soll. Es gibt jedoch Abstufungen. Gaarz erklärte, nach einer ersten Beurteilung der CDU-Fraktion wäre auch eine Ausschreibung möglich. Dennoch erscheine die Rekommunalisierung „auf den ersten Blick vorzugs-



●● Aufklären, warum damals gar kein Risiko gesehen wurde.“

Monika Obieray, Grüne

würdig“, da rechtssicher. Außerdem lasse sich das Ergebnis einer Ausschreibung nicht vorhersehen. Für Breiter lässt sich gegenwärtig „noch nicht mit Sicherheit sagen“, ob Rückkauf der richtige Weg ist.

Sager wurde deutlicher: „Ich halte den Weg für perspektivisch richtig.“ Die Konditionen müssten aber noch geprüft werden. Klinke erklärte: „Nach meiner

Einschätzung der Situation gibt es keine Alternative.“ Es sei die beste Lösung für Kunden, Mitarbeiter und Region. Obieray meinte: „Wir brauchen Klarheit.“ Die Müllabfuhr in kommunaler Hand biete zudem die Chance zu mehr Transparenz bei der Gebührenkalkulation. Auch Tech zieht in diesem Punkt mit. „Weil eine kommunale Abfallentsorgung nicht steuerpflichtig ist, könnte sie eigentlich 30 Prozent günstiger wirtschaften als eine private.“

pet